

KIRCHEN

Spenden für den Nachwuchs

Den Kirchen in Deutschland geht das Geld aus. Vikare und Küster bangen um ihre Arbeitsplätze, Kindergärten und Beratungsstellen sind von der Schließung bedroht.



T. EISENBERGER / ARGUM

Vikar Holle (M.), Amtsbrüder: „Wir fühlen uns betrogen“

Für eine der sinnlosesten Prüfungen in Deutschland tüfteln derzeit evangelische Vikare in Hessen: Egal wie sie abschneiden, Pfarrer können sie mit ihrem Examen nicht werden. „Im Mai“, klagt Vikar Gert Holle, „stehen wir auf der Straße“ – obwohl ihre Landeskirche in jeden von ihnen knapp 200 000 Mark investiert hat, wie Holle vorrechnet.

Als die etwa 50 angehenden Pfarrer vor zwei Jahren ihr Vikariat begannen, hatte die Kirchenleitung noch versprochen, jeder werde einen Arbeitsplatz bekommen. Jetzt ist allenfalls noch Geld für fünf da. „Viele von uns“, klagt Holle, „haben sich seit ihrer Jugendzeit für eine Arbeit in der Kirche engagiert. Nun ist alles für die Katz, mit 35 Jahren sollen wir woanders wieder ganz von vorn anfangen. Wir fühlen uns regelrecht betrogen.“

Der dramatische Rückgang der Kirchensteuer hat beide Großkirchen in die Bredouille gebracht. Die Einnahmen seien im ersten Halbjahr dieses Jahres um weitere zehn Prozent gesunken, teilte der Haushaltsausschuß der EKD den konsternierten Synodalen vorige Woche in Wetzlar mit. Schon im vergangenen Jahr hatte die evangelische Kirche in Deutschland gut fünf Prozent weniger eingenommen als noch 1995.

Die Katholiken sind etwas besser dran: Die 27 deutschen Diözesen kassierten von ihren Mitgliedern 1996 insgesamt 8,4 Milliarden Mark, 263 Millionen weniger als im Jahr zuvor.

Durch den Rückgang ist der Standard seelsorglicher wie sozialer Arbeit nicht mehr zu halten. Um die Kosten zu senken,

wollen die Manager beider Kirchen Kindergärten und Beratungsstellen schließen, die Jugendarbeit einschränken, Kirchenchöre aufgeben – und vor allem Personal abbauen. Selbst große evangelische Gemeinden, in denen früher zwei oder mehr Pastoren sich um die Gläubigen kümmerten, müssen bald mit einem Geistlichen auskommen.

Noch gehören die sozialen Dienste der Kirchen zu den größten Arbeitgebern der Republik: Die evangelische Diakonie beschäftigt rund 400 000, die katholische Caritas 460 000 Mitarbeiter.

Es sei für ihn „bedrückend“, klagt der Präsident des EKD-Kirchenamts in Hannover, Valentin Schmidt, daß „wir gezwungen sind, unseren Personalbestand zu reduzieren“. Das Engagement der Kirche müsse überall dort überprüft werden, wo die Kirchen vom Staat einst soziale Aufgaben übernommen haben.

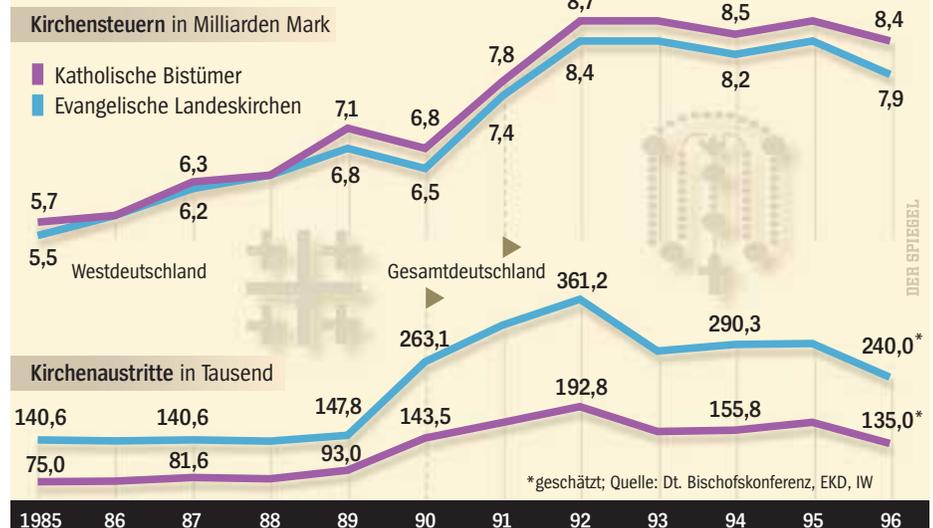
Caritas-Präsident Hellmut Puschmann klagt über die sinkenden Kirchenzuschüsse. Die Caritas müsse derzeit verstärkt den Auswirkungen der größer werdenden Armut entgegenwirken, leide jedoch selbst zunehmend an Geldmangel, „dadurch geht die Qualität unserer Hilfe runter“.

Die Protestanten überlegen zudem, die Verwaltungen der 24 Landeskirchen enger zu verzahnen – radikalere Schnitte gelten (noch) als Tabu.

Was auf die Kirchenbediensteten zukommt, exerziert die evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg seit längerem vor: Die Rücklagen der Landeskirche sind aufgebraucht. Um über die Runden zu kommen, haben die Kirchenoberen begonnen, Immobilien zu verkaufen. Zum zweitenmal erhalten die Pfarrer und Kirchenbeamten kein Weihnachtsgeld. Zum Jahresende werden 378 Planstellen gestrichen, 60 Mitarbeiter bekamen die Kündigung.

Insgesamt sollen zur Jahrtausendwende 1000 der insgesamt 8000 kirchlichen Ar-

Weniger Geld, weniger Mitglieder



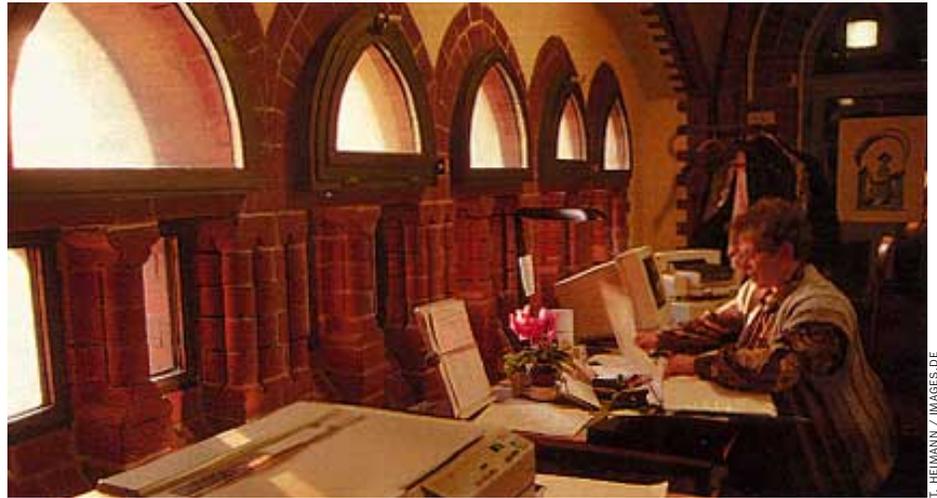
beitsplätze in Berlin-Brandenburg wegfallen. Bei einigen der bereits ausgesprochenen Kündigungen, klagte die Mitarbeitervertretung, seien „soziale Kriterien nicht berücksichtigt“ und bislang gültige Kirchenregeln „mit Füßen getreten“ worden.

In Berlin sind die Betroffenen nicht zuletzt deshalb vergrätzt, weil die Kirchenleitung trotz Finanznot für knapp 70 Millionen Mark ein neues Verwaltungsgebäude errichten will. „Der Bischof baut ein neues Haus und schmeißt dafür Kollegen raus“, reimten Protestanten bei einer Demo vor dem Konsistorium.

Andere Sprengel sind nicht besser dran als die Hauptstädter. In Stuttgart legte Kirchenpfleger Otto Specht im vergangenen Monat vor dem Gesamtkirchengemeinderat der schwäbischen Metropole eine Art Offenbarungseid ab: Die Zahl der Gläubigen ist in Stuttgart in den letzten zehn Jah-

2001 kein Urlaubsgeld. Die meisten der jährlich knapp 30 freiwerdenden Pfarrstellen sollen nicht mehr besetzt werden.

Um überhaupt geistlichen Nachwuchs bezahlen zu können, verzichten seit 1992 etwa 500 nordelbische Pastoren auf einen Teil ihres Gehalts. Vier Millionen Mark kamen bislang zusammen. Die katholischen Oberhirten haben das Problem nicht: Fürs zölibatäre Priesteramt bewerben sich immer weniger junge Männer. Die evangelischen Landeskirchen wursteln jede für sich, ein Gesamtkonzept der EKD gibt es nicht. „Schlimm ist“, so der hessische Vikar Holle, „daß man immer noch neue Jahrgänge mit der Ausbildung beginnen läßt, obwohl schon wir jetzt auf die Straße gesetzt werden.“ Offensichtlich traut sich niemand in der Spitzenetage der Evangelischen, das ganze Ausmaß der Misere öffentlich zu machen.



Vermieteter Kirchenraum (in Berlin): „Diktatur der Finanzen“

ren von 82 000 auf derzeit 64 000 gesunken. Tendenz: weiter fallend. 1966 bekannten sich noch 140 000 Stuttgarter zur evangelischen Konfession.

Um die Krise abzumildern, werden Kirchengebäude verkauft oder vermietet. Pfarrgemeinden sollen zusammengelegt, jeder vierte Kirchenmusiker, Meßner, Diakon oder sonstige Gemeindemitarbeiter soll eingespart werden. Von 104 Kindergärten werden nur 79 übrigbleiben. Die Zahl der Pfarrer soll in den nächsten Jahrzehnten gar um ein Drittel reduziert werden.

Betroffen vom Rückzug der Kirchen aus der Sozialarbeit sind vor allem die Ärmsten. Ausgerechnet den Kindergärten in Hamburger Problemstadtteilen droht die Schließung. Die nordelbische Kirche fordert von der Stadt, sie solle den kirchlichen Anteil an den Kosten der evangelisch geführten Kindergärten (rund 25 Prozent) langfristig ganz übernehmen. Den Rechtsanspruch auf einen Platz für jedes Kind, heißt es, sei Sache der Kommunen.

Noch sind 1600 Pastorinnen und Pastoren der Nordelbischen Kirche in Lohn und Brot, doch sie bekommen bis zum Jahr

Gert Holle hat sich mit anderen ausgebooteten Vikaren im „Friedberger Kreis“ organisiert. Die Gruppe möchte „gegen die Diktatur der Finanzen“ kämpfen. Doch wie die Kirche ihre schrumpfenden Ressourcen künftig effektiver einsetzen könnte, wissen auch die Friedberger noch nicht.

Die zentralistisch verwaltete katholische Kirche denkt bereits in europäischen Dimensionen. Bei Einführung des Euro möchten vatikanische Experten das italienische Modell auf alle EU-Länder übertragen. In Italien muß jeder Steuerzahler eine Kultursteuer entrichten. Er kann lediglich wählen, welcher religiösen, kulturellen oder sozial-karitativen Institution er die Abgabe zukommen lassen möchte.

Katholische Oberhirten wie der Kölner Joachim Meisner suchen vor der rauhen materiellen Wirklichkeit lieber Trost in einer neuen Innerlichkeit. „Die äußere Armut“, verkündete der fromme Kardinal, „kann uns innerlich wieder reich machen.“

Meisner hat gut reden: Das Erzbistum Köln gilt als reichster Sprengel der Welt. ♦